



Datum: 11. Juni 2022

Vladimir Balzer im Gespräch mit Carsten Schneider, SPD, Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland

Balzer: Das Interview der Woche im Deutschlandfunk, hier aus dem Hauptstadtstudio des Deutschlandfunks, mit Carsten Schneider, Ostbeauftragter der Bundesregierung, SPD-Mitglied, Staatsminister im Kanzleramt. Herzlich Willkommen bei uns.

Schneider: Ja, vielen Dank für die Einladung.

Balzer: Wir stehen vor dem 17. Juni: 70 Jahre Volksaufstand im Osten. Was bedeutet Ihnen dieses Datum?

Schneider: Das bedeutet für mich eine im Osten fast vergessene Geschichte des Widerstands, des sich Wehrens, dass es die Arbeiterschaft war, die auf die Straßen gegangen ist, aber im Osten natürlich nicht nur der Volksaufstand niedergeschlagen wurde, sondern auch die Personen, die damals aktiv waren. Das waren zum Großteil Arbeiter gewesen, die – ja – erstens benachteiligt wurden und zum Zweiten aber auch nie ein öffentliches Bewusstsein geschaffen haben. Deswegen ist der Feiertag, der ja im Westen Feiertag war, etwas Besonderes, aber er hat im Osten in der Ideengeschichte oder auch in den Bezugspunkten der Identifikation nicht die Rolle, die ihm eigentlich gebührt. Und das liegt auch daran, dass eben die Arbeiter arbeiten und nicht schreiben und dementsprechend ihre Geschichten auch nicht in dem Maße erzählt haben, wie es notwendig wäre.

Balzer: Was heißt das konkret? Würden Sie sich eine andere Erinnerungskultur heutzutage wünschen?

Schneider: Ich finde, das ist einer der stolzen Momente der deutschen Geschichte. Denn es war ja auch der erste große Aufstand im Ostblock, danach kam ja '68 Prag und vor allen Dingen dann in Polen Solidarność. Es gab dort flächendeckend, auch bei mir in Erfurt Arbeitsniederlegungen, Streiks, Arbeitskämpfe, und erst durch die Rote Armee und die Soldaten ist es niedergeschlagen worden.

Balzer: Dennoch scheint es ja so zu sein, wie Sie es eben auch gerade betonen: Der 17. Juni könnte – müsste vielleicht – gerade im Osten der Republik genauso vielleicht auch wie 1989 noch stärker präsent sein. Viele sagen, man sollte stolz sein auf diese Ereignisse und davon auch zehren, politische Energie saugen bis heute. Passiert das zu wenig?

Schneider: Es passiert zu wenig. Es ist eine der ersten Unterdrückungsniederschlagungserfahrungen und eine, die dann die Arbeiterschaft auch geprägt hat und die dann auch zum Durchsetzungsapparat der SED, aber natürlich auch des Sowjetregimes geführt hat. Sodass ich mir wünsche – und deswegen gehe ich natürlich auch zu den Veranstaltungen, wir machen Debatten im Bundestag dazu –, dass es aber noch mehr ins kollektive Bewusstsein auch kommt.

Balzer: Immer wieder sagen es wissenschaftlich begleitete Umfragen es gibt jetzt den Thüringen-Monitor, das ist sozusagen Ihr Heimatbundesland, die feststellen, dass die Zufriedenheit mit der Demokratie ziemlich abgesackt ist, von 68 auf 48 Prozent - und viele andere Zahlen, die einem wirklich Sorge machen. Das betrifft ja nicht nur Thüringen, sondern auch viele andere Regionen im Osten, wo wir sehen, dass so ein Gefühl herrscht, nicht Teil dieses demokratischen Systems zu sein, nicht genug wahrgenommen zu werden. Viele wenden sich ab, auch von den Parteien. Wir haben eine große Nichtwählerschaft, um die 40/45 Prozent. Das sind ja alles Dinge, die einem ja als Ostbeauftragter der Bundesregierung große Sorgen machen müssten. Und dann schauen wir zurück auf diesen Stolz, von dem Sie gerade gesprochen haben, diese Selbstermächtigung, diese historischen Daten: 1953 und 1989. Also, was ist da passiert? Warum gibt es im Osten eine so starke Demokratiekrise?

Schneider: Das sind tieferliegende Gründe. Es gibt aktuell auch Schwierigkeiten, die wir da in der Ampel in der öffentlichen Kommunikation im Bild haben, das ist unbenommen, das verstehe ich auch.

Balzer: Wie wichtig ist das? Der Streit in Ihrer Regierung?

Schneider: Das ist aktuell wichtig, aber es nicht das Tieferliegende. Die Performance des letzten Jahres oder des letzten halben Jahres, insbesondere bei diesen Fragen, was Energie und so weiter betroffen hat, da wäre es besser gewesen, den Streit über Kleinigkeiten nicht in der Öffentlichkeit auszutragen. Das hat nicht geholfen. Aber es ist nicht der Kern. Ich will mal auf den Kern kommen, der ist aus meiner Sicht, aus dieser Selbstermächtigung eine Mauer zu stürzen, ein Regime davonzujagen, sich zu befreien, ist sehr schnell einer Fremdbestimmung, eine gefühlte Fremdbestimmung geworden. Wir sehen einfach einen extremen Elitenaustausch, es gibt kaum Ostdeutsche in Führungspositionen in der Wirtschaft, auch nicht in den Medien, auch nicht ... in der Politik schon noch am meisten.

Balzer: Bis heute?

Schneider: Bis heute.

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de 2

Balzer: Wir reden vom Jahr 2023.

Schneider: Ja. Und das ist dann nicht mehr zu erklären. Es ist vor allen Dingen auch in der Justiz, auch in der Wissenschaft. Deswegen kämpfe ich so dafür, dass wir mehr Ostdeutsche auch in relevante Führungspositionen bekommen.

Balzer: Aber welche Rolle spielt dabei eine ostdeutsche Identität? Also, wie kann man davon eigentlich jetzt im Jahr 2023 noch reden? Sie haben, Anfang des Jahres eine Studie herausgegeben über Herkunft von Führungspersonal in insgesamt 93 Bundesbehörden auf 3600 Positionen und mussten feststellen, wenn man jetzt Berlin wegnimmt, haben wir gerade mal 7 Prozent Ostdeutsche in diesen sehr wichtigen Positionen im politischen Bereich. Im Kanzleramt – habe ich nochmal nachgeschaut – sind es immerhin 16 Prozent, also, da wo Ihr Arbeitsplatz ist. Aber ansonsten haben Sie als Resultat dessen so eine Art freiwillige Ostquote in Bundesverwaltungen vorgeschlagen, von ungefähr 20 Prozent. Wie kann man denn im Jahr 2023, wo schon eine ganz neue Generation auch schon dabei ist, die nach der Friedlichen Revolution, nach dem Mauerfall geboren ist, wie kann man Ostdeutsche überhaupt noch definieren?

Schneider: Also, es gibt eine Identität, die nach der Wende entstanden ist. Wenn wir über Erbe, über Vermögen, über Löhne sprechen, die niedriger sind: Erbe gar nicht, Vermögen auch nicht, gibts nicht. Also, man muss immer gucken, dass man aus sich selbst was macht, dadurch ist ein sehr starker Pragmatismus entstanden, aber eben auch eine hohe Leistungsbereitschaft, aber eben auch das Gefühl, dass man in Teilen – Löhne, et cetera – ein bisschen zweite Klasse ist. Das ist auch tatsächlich so.

Balzer: Das Lohnniveau ist geringer.

Schneider: Ist geringer, deutlich geringer. Das hat ein bisschen was auch mit dem Selbstbewusstsein, Arbeitskämpfe zu führen, zu tun. Der, der jetzt kommt, steigt. Ich unterstützte die auch alle, für eine bessere Bezahlung in Gewerkschaften einzutreten. Das ist ja auch das Phänomen, dass so Massenorganisation in Verruf geraten sind, das ist eines der negativen Erben der DDR, also, die freiheitliche Gewerkschaftsbewegung zum Beispiel.

Balzer: Können Sie da mehr tun als Ostbeauftragter? Sie haben ja eine große Verantwortung, sitzen mit am Kabinetttisch, Sie sind im Kanzleramt. Das war ja nicht immer so, der Ostbeauftragte war ja auch mal einfach im Wirtschaftsministerium, da hatte es mehr so eine wirtschaftliche Komponente. Jetzt sind Sie bei Ihrem Parteifreund Olaf Scholz direkter Nachbar. Können Sie da mehr tun?

Schneider: Ja, kann ich. Die Chance, für die Interessen der Ostdeutschen und für Ostdeutschland wirtschaftliche Entwicklung, Prosperität, aber auch die Sensibilität für die soziale, aber auch die emotionale Situation, das zu schärfen, was oftmals ganz viel ist, das ist etwas, was ich mache. Das ist ein bisschen Sisyphos, aber ich werde dabei unterstützt – nicht nur von Olaf Scholz, sondern auch von den anderen Ministern.

Balzer: Auch von den anderen zwei von 17, die ostdeutsche Herkunft haben, Steffi Lemke und Klara Geywitz.

Schneider: Ja. Die greifen dann auch mal in die Debatten mit ein.

Balzer: Ich sage mal, was den Anteil von Ministerinnen und Ministern mit ostdeutscher Herkunft angeht, weil wir gerade über ostdeutsche Eliten gesprochen haben, ist das auch nicht so berauschend in der Bundesregierung.

Schneider: Es könnte besser sein, aber es ist schon deutlich besser als in anderen Bereichen. Und die können das auch.

Balzer: Carsten Schneider ist bei uns im Interview der Woche, hier im Deutschlandfunk, wir führen es im Hauptstadtstudio des Deutschlandfunks, der Ostbeauftragte der Bundesregierung, Staatsminister im Kanzleramt. Und wir müssen trotzdem auch natürlich über Ihre Partei reden, die gerade bundesweit ein großes Zustimmungproblem hat, zumindest wenn man sie vergleicht mit der AfD, die ja in Umfragen zum Teil schon an ihnen vorbeigezogen ist. 18, 19, bis zu 20 Prozent in den Umfragen, im Osten auch noch deutlich mehr. Da schließt sich wieder also ein bisschen der Kreis zum 17. Juni '53. Es ging ja damals tatsächlich um zwei Dinge, nämlich bessere Arbeitsbedingungen und Kampf um Demokratie. Das sind ja zwei Triebkräfte für Fortschritt. Es war damals ein Aufstand der Arbeiter. Sie selbst kommen aus einem Arbeiterhaushalt. Und die SPD hat eben sehr viele Wähler aus der Arbeiterschaft an die AfD verloren. Was kann Ihre Partei tun, um mehr Zustimmung zu gewinnen und um tatsächlich zumindest wieder auf Augenhöhe mit der AfD zu kommen, wenigstens?

Schneider: Da sind wir locker. Also, da habe ich gar keine Zweifel. Die AfD war auch schon 2018 mal vor der SPD in einer Bundestagsumfrage – entscheidend sind aber Wahlen, und wir haben der AfD bei der letzten Bundestagswahl, ich glaube, 500.000 Stimmen abgenommen. Das heißt, die haben wir zurückgeholt, mit klaren Working-Class-Issue-Fragen. Nichtsdestotrotz, die AfD ist eine starke, also sie hat eine große Zustimmung in Ostdeutschland.

Balzer: Gerade im Osten. Wir reden von Landtagswahlen im nächsten Jahr – so lange ist das nicht mehr hin.

Schneider: Ja, aber 75 Prozent der Wähler im Osten wählen auch demokratische Parteien – das fällt mir immer zu sehr runter. Wie in allen Bundesländern ist die AfD nicht stärkste Partei geworden bei den Landtagswahlen.

Balzer: Das könnte sie aber werden nächstes Jahr.

Schneider: Das bezweifle ich.

Balzer: Danach sieht es aus.

Schneider: Das bezweifle ich. Das wird sie nicht, weil sie Problemlösungskompetenz ... niemand traut der AfD zu, Probleme zu lösen. Und das wissen auch die Leute. Man kann sich davon auch nicht ... ich meine, ich kann das verstehen, dass manchmal einmal das Leben so schon überfordert, wenn man täglich, insbesondere bei den steigenden Preisen gucken muss, wie bekommt da irgendwie noch den Kühlschrank voll und die Rechnungen, die vom Strom kommen bezahlt, und dann gibt es auch noch diesen Krieg, et cetera. Das ist ja alles hochkomplex. Und dann ist die Neigung, vielleicht die ein oder andere einfache Antwort erstmal zu geben, durchaus verständlich. Aber ich nehme Wähler auch rational am Ende wahr. Darauf setze ich auch. Die 75 Prozent, die niemals die AfD wählen und das auch bei den Bundestagswahlen/Landtagswahlen auch noch nicht gemacht haben, die auch zu stärken.

Balzer: Wenn man sich nochmal die Landtagswahlen nächstes Jahr anschaut, in den meisten ostdeutschen Ländern wird ja gewählt, und wenn die AfD – wonach es im Moment tatsächlich aussieht, das sehen Sie im Moment vielleicht anders, aber das ist jedenfalls der Stand, was die Zustimmungen angeht – stärkste Partei werden könnte, wie groß ist da die Gefahr, fast schon einer Art Unregierbarkeit von ostdeutschen Bundesländern? Wir sehen ja da – um mal wieder auf Ihr Heimatland zurückzukommen – Thüringen mit einer Minderheitsregierung. Auch andere Konstellationen in ostdeutschen Bundesländern versuchen immer, die AfD zu verhindern. Wie lange geht das noch gut?

Schneider: Na, ich hoffe, dass das immer so bleibt. Die AfD ist die größte Gefahr für die wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands und auch für den sozialen Zusammenhalt. Denn wir werden weiterhin Investitionen brauchen, wir brauchen vor allen Dingen auch gesteuerte Zuwanderung von Menschen, die bei uns ihr Glück suchen – ich sage aber bewusst „gesteuert“, dafür machen wir ein liberales Einwanderungsrecht.

Balzer: Sie meinen Fachkräfte aus dem Ausland.

Schneider: Fachkräfteeinwanderung.

Balzer: Die es sich natürlich dann zweimal überlegen, ob sie in bestimmte Regionen in Ostdeutschland gehen.

Schneider: Die gehen dorthin, wo sie willkommen sind.

Balzer: Ja. Und das sind sie nicht überall.

Schneider: Ich kämpfe darum, dass es jedem bewusst wird, dass sowohl dem Handwerker als auch dem metallverarbeitende Betrieb als auch im Dienstleistungsbereich, dass den Unternehmen, den Beschäftigten, aber auch dem Patienten klar sein muss, die Dienstleistung bekommen sie nur, wenn Menschen sie erbringen, die in diesem Land auch willkommen sind und auch überall willkommen geheißen werden. Das ist ein harter Unterschied, das ist Zukunft. Und die AfD ist die Partei, die das Land so verspricht zu sein, wie es nie war. Die „gute alte Zeit“ gibt es nicht, sondern das bedeutet, gerade in Thüringen, an der Spitze mit dem Rechtsextremisten, mit Björn Höcke, der Aufbau der letzten 33 Jahre würde zunichte gemacht. Und da muss jeder rational bei seiner Wahl wissen, was er tut und die demokratischen Kräfte – wozu ich Linke, CDU sowieso und FDP, et cetera zähle, Grüne, SPD –, die müssen koalitionsfähig sein untereinander und dürfen da keine Ausgrenzungsbeschlüsse machen. Das ist ein Fehler in Thüringen, dass die Union sich dort nicht locker gemacht hat. Ich hoffe allerdings natürlich, dass die SPD da noch stärker wird, aber das sei mir gegönnt.

Balzer: Also, die AfD dann doch eben als entschiedener politischer Faktor im Osten am Ende, oder?

Schneider: Nein, entscheidend ist, wie klug die anderen politischen Kräfte sind und ob sie sich von der AfD in Bockshorn jagen lassen oder ob sie klug miteinander das gemeinsam Verbindende suchen, in allen Unterschieden, die es auch gibt. Aber am Ende muss man immer auch fähig sein, einen Kompromiss zu finden und dieses Land gemeinsam zu regieren. Und da darf man sich von der AfD ja das Klima nicht vergiften lassen, sondern auf die eigene Stärke vertrauen. Dann, glaube ich, geht das auch.

Balzer: Aber jenseits der AfD haben wir auch politische Landschaften, gesellschaftliche Landschaften, gerade im ländlichen Raum – auch das sagen ja viele Monitorberichte aus Thüringen, aber auch anderen Bundesländern –, wo noch einmal eine stärkere Distanz auch zur etablierten Politik da ist. Eine stärkere Demokratieverdrossenheit, gerade im ländlichen

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de 6

Raum, der auch oft strukturschwach ist. Da müssen wir gar nicht über die AfD reden, da können wir reden über ein zum Teil rechtsextremes Milieu, was etabliert ist, was zum Teil zum Mainstream gehört, was tatsächlich ein großes Problem ist. Wie wollen Sie das adressieren?

Schneider: Ich muss natürlich Grenzen da ziehen, wo die, ich sage mal, ersten 18 Artikel oder 19 Artikel des Grundgesetzes verletzt werden. Diese Grenzen müssen klar gezogen werden. Und es gilt dort nicht nur für Freiheit, sondern vor allen Dingen auch für Respekt und für die Menschenwürde einzutreten, das ist der Grundsatz. Und das erwarte ich von jedem staatlichen Verantwortungsträger, der gewählt ist. Das ist im Übrigen auch die Rechtslage in Deutschland und zum Zweiten diejenigen zu stärken, die sich für die Zivilgesellschaft und das demokratische Gemeinwesen stark machen. Und das tue ich, indem ich ganz viel dort präsent bin, die Menschen erstärke und ihnen versuche auch zu helfen. Also, sei es eben im Feuerwehrbereich, dass die genügend Ausstattung haben und seien es eben – ich mache jetzt gerade so einen Wettbewerb, wo ich bis zu 10.000 Euro als Prämie auszahlen – kleine Vereine, die mal eine Reise nach Frankreich vielleicht machen wollen oder die nach Auschwitz wollen mit der Schülergruppe und die sich das nicht leisten können, das anzugucken. Sowas zu stärken. Dort, wo es zu rechtsextremistischen Einstellungen kommt, privat kann ich das ja nicht verhindern, aber im öffentlichen Raum sie nicht zu missbilligen, sondern es auszumerzen, das heißt, letztendlich zu verbieten, die Auftritte, und es nicht zu akzeptieren. Und das ist eine Stärkung, da muss man die demokratischen Kräfte stärken. Ich versuche das, indem ich zum Beispiel auch alle Bürgermeister hier ins Kanzleramt wieder auch einlade, um sie in den Diskurs zu bringen, weil viele sind parteilos. Wir reden hier von einem Landstrich, wo es nur sehr wenige Mitglieder in demokratischen Parteien gibt. In Thüringen sind es bei 2,1 Millionen Menschen um die 15.000 bis 18.000 Mitglieder nur. Das heißt, die Demokratie, das demokratische Erleben von Leuten, die das tatsächlich machen, ist bei den meisten gar nicht da, weil sie in einer Passivität sind. Und sie aus dieser Passivität rauszuholen und eben eigenständig zu ermächtigen, Politik auch zu machen und auch zu sehen, dass ich vor Ort dafür sorgen kann, dass ein kleines Festival stattfindet, wie in der Lausitz oder in der Oberlausitz, wo ich hinfahre, das sind so Dinge, die ich auch einfach mal bei allen Niederschlägen, die es gibt, auch mal als klare Erfolge markiere. Und ich war jetzt in Chemnitz – 2025 Kulturstadtjahr –, das ist eine Stadt, die noch um sich kämpft, um die Deutung in dieser Stadt, wer auch die Obermacht hat. Und das machen die Leute aber dort untereinander aus. Und ich finde, man muss diejenigen dabei stärken, die das weltoffen und tolerant machen wollen.

Balzer: Ein Faktor, der immer wieder auch Streit auslöst, gerade auch in Ostdeutschland: Die Unterbringung von Geflüchteten. Wir sehen ja, dass die Zahlen da in den letzten Monaten nach oben geschneilt sind. Das betrifft natürlich vor allem auch die Landkreise und die Kommunen. Aber daran entzündeten sich oft auch dort gesellschaftliche Konflikte, die zum Teil

auch – ja – von rechtsradikalen Kräften ausgenutzt werden können. Jetzt haben wir diesen Asylkompromiss auf europäischer Ebene, der letztlich bedeuten könnte – wenn er denn am Ende tatsächlich auch Realität wird –, dass weniger Asylbewerber, Menschen, die hier nach Deutschland kommen wollen, untergebracht werden müssen. Wäre das eine Entlastung auch für ostdeutsche Regionen, die Sie begrüßen?

Schneider: Also, erstmal gibt es in Ostdeutschland insbesondere bei den ukrainischen Geflüchteten eine höhere Anzahl pro Kopf, die bei uns Obdach gefunden haben, Schutz.

Balzer: Die ja nicht ins Asylsystem mit reingezählt werden müssen.

Schneider: Nein, aber es sind natürlich auch Geflüchtete, die in den Schulen sind, also wo die Kinder zum Glück in den Schulen sind. Wo in Teilen in Erfurt auch für ein halbes Jahr die Turnhallen zu waren, wo die Wohnungen belegt werden. Und das sind mehr als im Westen. Also, pro Kopf sind das deutlich mehr, höhere Akzeptanzlast, aber keiner, der sich groß darüber beschwert. Es gibt, wenn dies vor Ort von den Landräten sehr ungeschickt gemacht wird in der Frage, wo mache ich jetzt so eine Unterkunft, sind das in einem 400-Einwohner-Dorf 200 Geflüchtete, das ist ein bisschen zu viel. Das sagt mir aber schon mein gesunder Menschenverstand. Das muss man wirklich embedded machen, mit Augenmaß und auch so, dass die Kita-Plätze, die Schulplätze für die Bevölkerung noch vertretbar da sind, dass auch wirklich beschult werden kann und auch betreut werden. Das ist die Herausforderung und dann geht das. Beim Asyl, das ist was anderes natürlich. Ich bin sehr einverstanden mit dem Kompromiss, der dort gefunden wurde, weil wir auf der einen Seite auch auf der europäischen Seite rechtsextreme Positionen auch hatten, also quasi komplette Abschottung. Jetzt haben wir eine starke Steuerung mit drin, auch eine Begrenzung. Und wir haben aber auch – das muss man ja auch klar sagen – eine sehr hohen Schutzstatus-Anerkennung in den letzten Jahren gehabt. Also, zwar steigende Zahlen, aber es waren auch tatsächlich Asylberechtigte. Und ich hoffe mal, dass jetzt die ein bisschen unfaire Verteilung, die es auf europäischer Ebene gibt – da sind wir es in Deutschland, die sehr stark dem Solidargedanken und auch den Menschen zu helfen da nachkommen und viele andere da eher so auf Durchmarsch machen –, dass da diese europäische Lösung auch tatsächlich trägt.

Balzer: Welche Bedeutung hat das für Ostdeutschland?

Schneider: Also, ich halte das für ganz wichtig. Ich meine, das ist ja das politische Signal ‚Die Europäische Union funktioniert‘! Wenn das Signal gewesen wäre, das hätte nicht geklappt und einige hätten die Grenzen zu gemacht, der Schengenraum, die Grenzen wären gestoppt ... Allein Polen, Brandenburg, Sachsen, diese Grenze hat eine hohe wirtschaftliche Verbindung, weil viele Polen in Deutschland arbeiten, aber auch Deutsche in Polen mittlerweile, und deswegen brauchen wir den Schutz der Außengrenzen und faires

Migrationsverhalten im Innenbereich. Ansonsten wäre das ein Rückfall in den Nationalstaat gewesen und es hätte natürlich Wasser auf die Mühlen derer gegeben, die gesagt haben: ‚Das funktioniert mit der Europäischen Union nicht, lasst uns wieder Deutschland allein sein‘. Das ist das Letzte, was ich will. Also, ich mag mein Land, aber ich bin ein großer Fan der Europäischen Union und der Freiheit, die wir auch haben. Nicht nur, dass ich Niederlassungsfreiheit habe, sondern dass viele Menschen aus der EU mittlerweile bei uns ihr Glück versuchen und gefunden haben und die tragen wesentlich dazu bei, dass bei uns das Leben läuft.

Balzer: Und eben – und Sie haben es schon angesprochen – was Fachkräfte angeht, das ist wichtig. Und da sind wir bei einem Thema, Carsten Schneider, Ostbeauftragter der Bundesregierung, dass wir auch unbedingt noch besprechen müssen, nämlich die wirtschaftliche Lage im Osten der Republik, die ja natürlich auch politische Folgen hat und politisch diskutiert wird. Kann man schon Beobachtungen machen, wie Strukturreformen vielleicht greifen oder auch nicht greifen? Wir haben das ja erlebt in den 90er Jahren, eine massive Deindustrialisierung, schmerzhaft Umbrüche, die jetzt vielleicht auch noch einmal bevorstehen, wenn es um den Kohleausstieg geht bis 2038. Da sind gleich drei Bundesländer betroffen, nämlich Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, wenn es um, fossile Energien, Kohleförderung und vieles andere geht. Also, 2038 – im rheinischen Revier haben wir gesehen, es geht auch schon bis 2030 –, darüber wird ja diskutiert, ob der Osten das auch schaffen könnte, früher aus der Kohle auszusteigen. Ist das denkbar, mit vielleicht einer größeren Anstrengung an Neuansiedlungen, an Strukturwandel, an mehr Flächen für Erneuerbare Energien, all das, was da an Potenzial da ist?

Schneider: Ohne Ostdeutschland ginge in Deutschland das Licht aus. Es gibt kaum ein anderes Land, einen anderen Landstrich, wo so viele Erneuerbare Energien angesiedelt sind, wie insbesondere in Sachsen-Anhalt.

Das Dreihundertfache ihres Stromverbrauchs, der in Sachsen-Anhalt verbraucht wird, wird produziert in Thüringen, in Brandenburg, auch ebenso ein Überschuss. Ohne das Wiederaanwerfen der Kohlekraftwerke, nachdem Russland das Gas abgedreht hat und in Frankreich der Atomstrom nicht ging, hätten wir in Europa Chaos gehabt. Und aus diesem Grund bin ich den Kollegen bei der LEAG und der MIPRAG sehr dankbar, dass sie diese wichtige Aufgabe, Energieversorgungssicherheit in der Grundlast, wahrgenommen haben und zurück an ihre Jobs gekommen sind.

Balzer: Das sind die regionalen Energieversorger.

Schneider: Das sind die regionalen Versorger. Die hatten nämlich in Teilen schon andere Angebot, bei der Bahn zum Beispiel, im Rahmen des Strukturwandels. Der Osten ist absoluter Vorreiter bei Erneuerbaren, im Gegensatz zu Bayer, im Gegensatz zu Baden-

Württemberg. Und ich fand die Diskussion da schon dreist, gerade aus Richtung der Grünen, die da geführt wurde: ‚Das können die Ostdeutschen doch auch schaffen‘. Moment einmal, wir sind diejenigen, wo die ganzen Windräder stehen und wir sind diejenigen, die jetzt dafür aber auch die Jobs bekommen. Denn da, wo das Windrad sich dreht, da ist der Strom und da brauche ich keine Übertragungsnetzleitung bauen. Und deswegen hat sich zum Beispiel Tesla angesiedelt im Brandenburgischen und Intel kommt nach Sachsen-Anhalt, weil dort grüne Energie ist und Flächen. Deswegen ist das ein Zweiklang: Auf der einen Seite langsamer Ausstieg, Strukturwandelmittel dazu, dass die Leute in Zukunft Arbeitsplätze finden und auf der anderen Seite Vollgas bei Erneuerbaren. Da sind wir diejenigen, die nicht nur die CO₂-Bilanz besser machen, sondern die auch dafür sorgen, dass Deutschland eine ordentliche Stromversorgung hat. Da ist der Osten absoluter Vorreiter. Und ich finde, das gehört auch ein bisschen gewertschätzt. Es führt jedenfalls dazu, dass wir eine neue industrielle Revolution haben werden.

Balzer: Gut. Ich hatte gedacht, dass Sie das ähnlich handhaben könnten wie in Nordrhein-Westfalen, dass man den Kohleausstieg vorzieht?

Schneider: Nein, das geht nicht. Es geht physikalisch schon nicht, weil ich brauche ja die Grundlast. Und wenn ich nicht den Ausbau von Erneuerbaren Energien in dem Maße habe, dann ...

Balzer: Aber das könnte man ja beschleunigen eventuell? Die Flächen sind ja da.

Schneider: Wir machen das ja schon ohne Ende. Es wäre mal ganz gut, es würde auch im Süden Deutschlands endlich mal beginnen und nicht nur destruktiv verhindert werden, das Übertragungsnetz, also dass das, was wir in Thüringen und in Brandenburg produzieren, nach Bayern gebracht wird. Und im Zweifel passiert nämlich eines, die neuen Arbeitsplätze kommen nördlich der Mainlinie zustande und im Süden werden sie abgebaut. Das ist ein Punkt der Erneuerbaren. Und Ostdeutschland ist die grüne Lunge, ist das grüne Produktionsland, mit Schleswig-Holstein und Niedersachsen überhaupt in Deutschland. Und die Kohle ist diejenige, die noch die Grundlast trägt. Und wenn wir früher genügend andere Quellen haben und auch die Leitungen dazu, plus die Speicher, dann kann man das auch machen. Aber diese beiden Voraussetzungen gehören eben dazu.

Balzer: Wo liegt die wirtschaftliche Zukunft Ostdeutschlands?

Schneider: Die liegt in Hochtechnologiebereichen. Man sieht das in Dresden, wo wir jetzt mit Infineon den Halbleiterspatenstich hatten – über eine Milliarde Investitionen. Wir sehen das im Halbleiterbereich, da werden wir der europäische Hotspot sein. Die Städte und Zentren, die auch auf Optik in Jena zum Beispiel setzen, Maschinenbau in anderen Bereich, in

Chemnitz zum Beispiel, die sind ganz, ganz vorne dabei. Also, ich bin mir relativ sicher, dass wir andere Zeiten erleben, dass die Wertschöpfung steigt und dass damit einhergehend auch die Löhne und die Attraktivität steigt.

Balzer: Carsten Schneider, Ostbeauftragter der Bundesregierung, SPD-Staatsminister im Kanzleramt, im Interview der Woche, hier im Deutschlandfunk, im Hauptstadtstudio. Ich danke Ihnen sehr.

Schneider: Vielen Dank auch Ihnen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.